

vorwärts:

Nordrhein-Westfalen

Regional

Herausgeber
Frank Ulrich Wessel
SPD-Landesverband NRW
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

Redaktion
Bernd Neuendorf

Email
vorwaerts@nrwspd.de
Internet
www.nrwspd.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

uns alle hat der Konflikt zwischen Israel und der Hisbollah in den vergangenen Wochen zutiefst beunruhigt und erschüttert. Er hat für Hunderttausende Menschen große Not und unerträgliches Leid zur Folge. Dank der UN-Resolution schweigen jetzt weitgehend die Waffen. Damit haben die Hilfsorganisationen nun endlich wieder die Möglichkeit, der notleidenden Zivilbevölkerung zu helfen.

Mit dem Waffenstillstand ist der Konflikt im Nahen Osten freilich nicht beendet. Ziel muss es sein, eine dauerhafte Friedenslösung für die Region zu schaffen. Wir brauchen rasch eine internationale Friedensstruppe, die für die nötige Stabilität sorgt. Es hat schon viel zu viele Opfer gegeben. Klar ist aber auch: Der kommende UN-Einsatz bedarf einer politischen Flankierung.



Es geht um drei Dinge: Das Existenzrecht Israels zu sichern, die Staatlichkeit des Libanons zu stärken und den Aufbau eines eigenständigen Palästina zu unterstützen. In eine Lösung des Nahost-Konflikts müssen alle regionalen Mächte einbezogen werden. Die Bemühungen von Außenminister Frank-Walter Steinmeier sind hier gar nicht hoch genug zu würdigen.

Ich werde häufig gefragt, ob deutsche Soldaten sich an einer Friedensstruppe beteiligen sollten. Sicherlich kann über einen Beitrag unseres Landes erst abschließend entschieden werden, wenn ein UN-Mandat für eine solche Mission vorliegt. Aber ich bin der Auffassung, dass eine Entsendung von Kampftruppen unter keinen Umständen in Betracht kommt. Es gibt zudem einen breiten Katalog von Möglichkeiten unterhalb eines direkten militärischen Einsatzes.

Bundeswehr und Bundespolizei haben sich mit ihren Auslandseinsätzen hohes Ansehen erworben – gerade wenn es um zivile Aufgaben wie etwa den Wiederaufbau geht. Auch auf diese Weise kann ein entscheidender Beitrag für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten geleistet werden.

Euer Jochen Dieckmann

Die beste Bildung für alle



VON UTE SCHÄFER
STELLVERTRETENDE
VORSITZENDE
DER NRWSPD

NRWSPD formuliert Leitsätze und startet breiten Diskussionsprozess

Eine gute Bildung und Ausbildung sowie zeitgemäßes Wissen entscheiden heute mehr denn je über die Zukunft jedes einzelnen Menschen. Nichts ist heute so gerecht wie die entschlossene Ausweitung von Bildungschancen. Die SPD hat stets nach dem Anspruch gehandelt, bessere Chancen und ein besseres Leben für immer mehr Menschen in einer gerechteren Welt zu erreichen. Wir wollen und werden uns auch heute nicht damit abfinden, dass individuelle Lebenschancen vorausbestimmt sind durch soziale, regionale oder ethnische Herkunft.

Bildung kommt jeder einzelnen Persönlichkeit zugute. Sie dient aber auch der Gesellschaft insgesamt. Denn wirtschaftliches Wachstum, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit gibt es nur, wenn wir die best-

mögliche Bildung gewährleisten. Bildung vermeidet die Ursachen von Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung. Sie ist zentrales Element des sorgenden Sozialstaates. Der Staat darf sich auf diesem Gebiet nicht aus seiner Verantwortung zurückziehen. Im Gegenteil: Es bedarf mehr Investitionen für Bildung, weil die Folgen von unzureichender Bildung alle teuer zu stehen kommen.

Für die NRWSPD besitzt das Thema Bildung einen zentralen Stellenwert. Wir treten ein für „Die beste Bildung für alle“. Die NRWSPD möchte mit allen gesellschaftlichen Gruppen ab sofort in einen Diskussionsprozess eintreten. Dieser soll anhand von Leitsätzen geführt werden und bis zum Zukunftskonvent der NRWSPD im kommenden Herbst abgeschlossen sein. Wir werden dann erste Eckpunkte für eine Bildungspolitik entwerfen, die auf mehr Chancen statt auf soziale Auslese setzt. Über den Entwurf soll innerhalb und außerhalb der Partei diskutiert werden. Letztlich wird ein bildungspolitischer Parteitag der NRWSPD im Jahre 2007 abschließend unser bildungspolitisches Konzept beschließen.

Der Landesvorstand der NRWSPD hat auf seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause beschlossen, den nun einsetzenden Diskussionsprozess entlang der folgenden zentralen Leitsätze zu führen:

1. Bildung muss beitrags- und gebührenfrei sein.
2. Angebot und Qualität im Elementarbereich müssen ausgebaut und verbessert werden.
3. Längeres gemeinsames Lernen in der Schule verhindert Benachteiligung.
4. Alle Schulen sollen zu Ganztagschulen werden.

Die NRWSPD tritt dafür ein, die Erkenntnisse der Wissenschaft in Bildungsfragen nicht länger zu ignorieren. Wir wollen die Erfolge der Bildungssysteme in anderen Ländern unvoreingenommen analysieren und ergebnisoffen die besten Lösungen für NRW erarbeiten. Uns geht es um „Die beste Bildung für alle“, weil wir den Zerfall der Gesellschaft in „Insider“ und „Outsider“ verhindern wollen und weil Politik die Menschen in die Lage versetzen muss, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es selbst gerne gestalten möchten. ■

Neues ServiceCenter der NRWSPD gestartet

Nach mehreren Monaten Probelauf hat das neue ServiceCenter der NRWSPD seine Arbeit aufgenommen. Neueintritte, Änderungen der Anschriften, Ummeldungen zu anderen Ortsvereinen, Änderungen von Bankdaten und eine Vielzahl sonstiger Dienstleistungen werden künftig nicht mehr in den Unterbezirken, sondern direkt im ServiceCenter der NRWSPD bearbeitet.

Zurzeit nutzen bereits elf Unterbezirke das ServiceCenter. In der 2. Phase sollen es dann bis zum Spätherbst 2006 alle 54 Unterbezirke sein. Dann wird es auch für alle Mitglieder eine zentrale Kontaktadresse und Service-Hotline geben, an die man sich bei Änderungen oder Nachfragen wenden kann.

Der Leiter des ServiceCenters, Roland Radtke, ist mit dem Start sehr zufrieden: „Allen Kolleginnen und Kollegen, die die Testphase begleitet und durchgeführt haben, ist ein großes Lob auszusprechen. Sie haben eine große Aufgabe bewältigt.“

Das ServiceCenter der NRWSPD ist im Zuge der Neuorganisation der hauptamtlichen Arbeit (wir berichten in der letzten Ausgabe) durch den Landesverband eingerichtet worden. Es soll die organisatorischen Arbeitsabläufe beschleunigen und landesweit einheitliche Bearbeitungsstandards herstellen.

Wir werden in einer der nächsten Ausgaben des Vorwärts NRW ausführlich über das ServiceCenter berichten. ■

In eigener Sache:

Die Arbeitsschwerpunkte der Europa-Abgeordneten Jutta Haug sind in der letzten Vorwärts-Ausgabe unzureichend benannt worden. Jutta Haug kümmert sich in Brüssel und Straßburg vorrangig um die Themen: Finanzen der europäischen Union, Regional- und Strukturpolitik sowie Umweltpolitik.

Außerdem ist bei der Nummerierung der Regio-Karte im letzten Vorwärts ein Fehler unterlaufen. Auf der Internet-Seite der NRWSPD haben wir diesen in der digitalen Ausgabe des Vorwärts korrigiert.

Gewinner des WM-Gewinnspiels stehen fest

„Wer wird Fußball-Weltmeister?“ hatte der „Vorwärts NRW“ in seiner Ausgabe unmittelbar vor Beginn der WM in Deutschland gefragt. Zahlreiche Leserinnen und Leser haben sich an dem Gewinnspiel beteiligt. Titelträger „Italien“ hatten freilich nur fünf Mitspieler auf der Rechnung. Am häufigsten wurde auf Deutschland und Brasilien getippt. Unter den fünf richtigen Einsendungen wurden die Hauptpreise verlost, die restlichen Preise unter allen anderen Einsendungen.



v.l.n.r.: Jochen Dieckmann (Landesvorsitzender), Hans-Willi Körfges (UB-Vorsitzender und MdL), Bernd Neuendorf (Pressesprecher), Christel Klein und Rudi Klein

Jochen Dieckmann überreicht den Hauptpreis an Rudi Klein

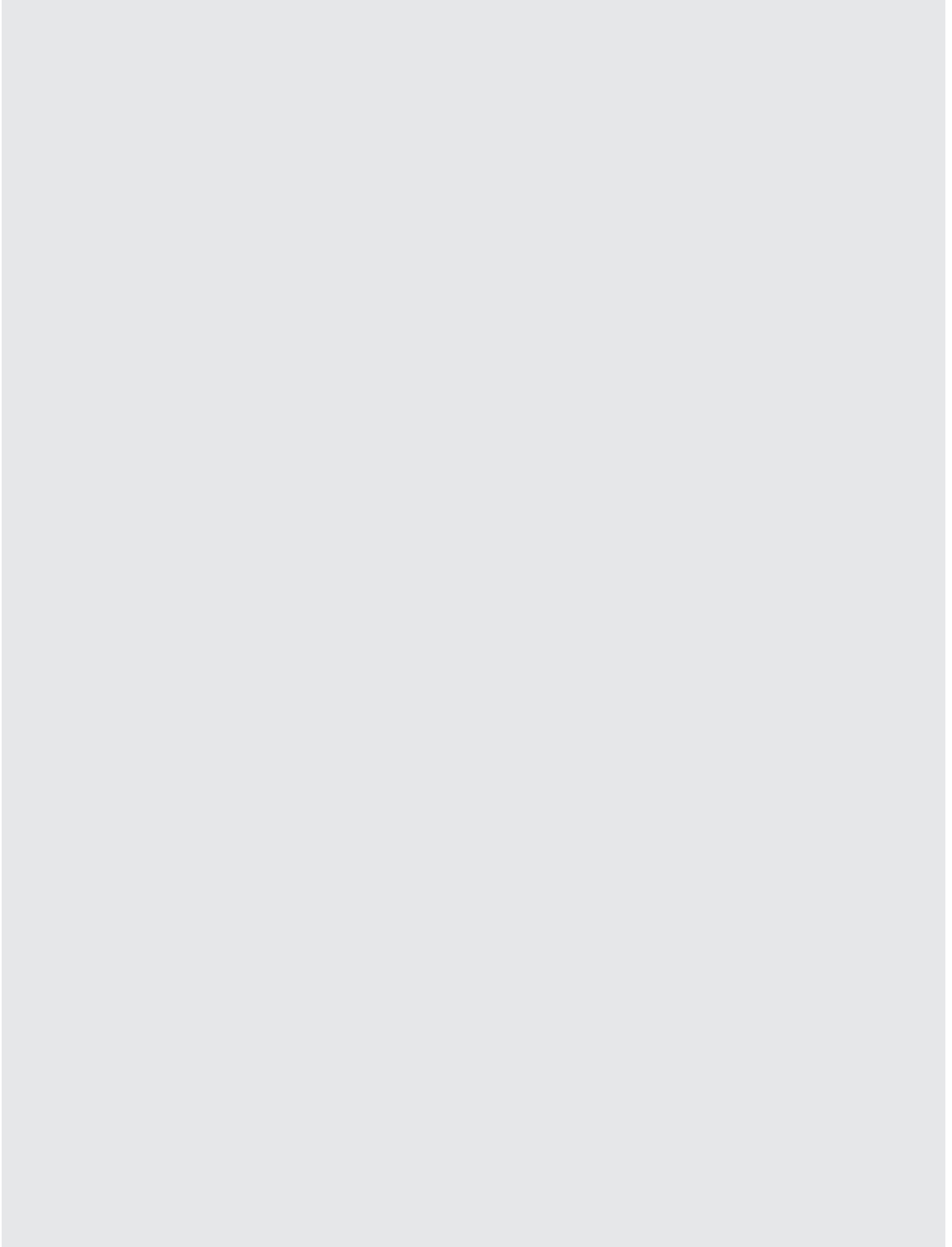
Hauptgewinner Rudi Klein wurde gemeinsam mit seiner Frau Christel von der NRWSPD nach Düsseldorf

eingeladen. Dort verbrachte das Ehepaar einen Vormittag zusammen mit ihrem Landtagsabgeordneten und Unterbezirksvorsitzenden Hans-Willi Körfges im Landtag. Im Anschluss überreichte der Landesvorsitzende Jochen Dieckmann einen Kickerstisch, der von Rudi Klein begeistert in Empfang genommen wurde.

Alle anderen Gewinner erhalten in den nächsten Tagen von uns ihre Preise per Post zugesandt. ■

Die Gewinner sind:

- 1. Preis (Kicker):**
Rudi Klein
- 2. Preis (Lederfußball):**
Elisabeth Polanz
- 3. Preis (Vorwärts-WM-T-Shirt):**
Horst Radon
- 4. Preis (10 NRWSPD-Fußbälle)**
gehen an:
Karl-Ernst Bauckhage
Ingrid Elsinghorst
Matthias Flock
Lutz Gradewald
Erich Knapp
Klaus Müller
Heike Reher
Hartmut Reiner
Lothar Risse
Gustav Roemhild





Rüttgers betreibt eine unsoziale Wohnpolitik

NRWSPD unterstützt Volksinitiative gegen den Verkauf der LEG

VON MICHAEL GROSCHKE
GENERALSEKRETÄR DER NRWSPD

Wohnraum ist kein Gut wie jedes andere. Wohnen ist in hohem Maße ein soziales Gut. Das scheint bei der Regierung Rüttgers freilich noch nicht angekommen zu sein. Sie will das öffentliche Wohneigentum in NRW schnellstmöglich privatisieren, ohne dabei die Auswirkungen auf Mieterinnen und Mieter zu berücksichtigen. Die schwarz-gelbe Koalition plant, die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) zu veräußern. Davon wären rund 300.000 Mieter betroffen. Der wohnungsbaupolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Dieter Hilser hat dazu völlig zurecht festgestellt: „Mangels sozialem Gewissen will Jürgen Rüttgers das Mieterland NRW marktliberal umkrepeln. Das trifft auf entschiedenen Widerstand der SPD“.

Am 27. Juni 2006 hat sich in NRW eine Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“ gegründet, die den Verkauf der LEG verhindern will. Die Volksinitiative setzt sich aus Gewerkschaften, Betriebsräten, Mietervereinen und Mieterbündnissen zusammen. Auch die Architektenkammer NRW und der Deutsche Städtetag haben einen Aufruf gegen den Verkauf öffentlicher Wohnungsunternehmen gestartet. In Oberhausen gibt es einen entsprechenden Ratsbeschluss, den auch die CDU mitgetragen hat.

Damit die Volksinitiative ein Erfolg wird, müssen von mindestens 66.000 Bürgern in NRW Unterschriften geleistet werden. Hier sind unsere Unterbezirke gefordert. Mit Infoständen und aktiver Pressearbeit muss die Öffentlichkeit über die unsozialen Pläne der schwarz-gelben Koalition aufgeklärt werden. Alle wichtigen Informationen



Foto: LEG NRW GmbH

zum Verfahren und die Listen zum Sammeln von Unterschriften findet ihr unter: www.volksinitiative-leg.de

Ziele der Volksinitiative sind:

- Deutlich machen, dass wir nicht gewillt sind, den Ausverkauf landeseigener Wohnungen hinzunehmen.
- Die Sicherheit von rund 100.000 Wohnungen und den Erhalt von tausend Arbeitsplätzen im LEG-Verband zu gewährleisten.
- Die Mieter vor einer drohenden Aushöhlung des Kündigungsschutzes zu bewahren.

Aktuell hat die LEG auf einer Bilanz-Presskonferenz mitgeteilt, dass – nach Verlusten im Jahr 2004 – im vergangenen Jahr ein Gewinn von 23,6 Millionen Euro erwirtschaftet wurde. Bei diesem besten Ergebnis der letzten fünf Jahre stellt der Gesamtbetriebsrat der LEG völlig zurecht die Frage: „Warum versilbern, was Gold wert ist?“

Für die SPD gilt: Das Land darf den Wohnungsmarkt nicht sich selber überlassen, sondern muss eine soziale Wohnpolitik verantwortlich weiterführen. ■